



Thesen zur Russlandpolitik

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

April 2026

Zusammenfassung

Der Zerfall der Sowjetunion hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin traumatisiert. Er kann bis zum Jahr 2036 im Amt bleiben und nach einer Verfassungsänderung länger. Massenproteste, die ohnehin nicht stattfinden können, werden ihn nicht stürzen. Putin können nur die verschiedenen Eliten gefährlich werden, wenn er deren materiellen Vorteile sowie Privilegien im bisherigen Ausmaß nicht mehr gewähren kann, so dass sie anfangen müssen, darum untereinander zu konkurrieren. Aufgabe unserer Russlandpolitik ist es, in Russland einen Regimewechsel zu unterstützen, wenn er selbst im Land entsteht.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

1. Der Zerfall der Sowjetunion hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin traumatisiert. Innerlich hat er das Ende der UdSSR bis heute nicht wirklich verarbeitet.
2. Putin, der sich – wie aus Moskau aus gut informierten Kreisen zu hören ist – bester Gesundheit erfreut, kann bis 2036 als Präsident amtieren. Danach könnte er durch eine Verfassungsänderung das Präsidentenamt durch einen Staatsrat ersetzen, den er dann als Vorsitzender leiten würde und der nicht mehr vom Volk direkt gewählt werden müsste. Kurz- bis mittelfristig werden wir noch mit Putin rechnen müssen.
3. Durch Massenproteste der russischen Bevölkerung dürfte Putin nicht gestürzt werden, zumal diese bei dem immer totalitärer werdenden russischen politischen System ohnehin nicht stattfinden könnten.
4. Für Putin könnten nur die Eliten gefährlich werden. Doch diese können sich nicht untereinander absprechen, ohne dass der Inlandsgeheimdienst FSB das mitbekommt. Für Putin dürfte es ernst werden, wenn er den verschiedenen Eliten wie z.B. der *Sicherheitselite* (Geheimdienste plus Innenministerium mit seinen Truppen und Polizisten), der *Militärelite*, welche die Sicherheitselite nicht ausstehen kann, der *Ideologie-Elite*, der *Parteien-Elite*, der *technischen Elite*, die das Land technisch und verwaltungsmäßig am Laufen hält, der *regionalen Elite*, der *Wirtschaftselite* (Banken und Unternehmer), der *Wissenschaftselite* sowie der *Kultur- und Kunst-Elite* deren bisherigen Vollmachten und Kompetenzen beschneidet und er ihnen deren materiellen Vorteile sowie Privilegien im bisherigen Ausmaß nicht mehr gewähren kann, so dass sie anfangen müssen, darum untereinander zu konkurrieren.
5. Im Zentrum der deutschen Russlandpolitik steht Russlands militärische Invasion vor vier Jahren in die Ukraine. Nachdem die USA unter ihrem Präsidenten Donald Trump nicht mehr die Ukraine unterstützen, hat Deutschland deren bisherige Aufgabe übernommen und ist zur stärksten finanziellen und militärischen Unterstützernation des angegriffenen Landes geworden. Putin ist zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit der Ukraine nicht bereit, die Abstriche an seinen ursprünglichen maximalen territorialen Zielen in der Ukraine beinhalten würden, die er bisher militärisch nicht erreichen konnte. Die Ukraine, die inzwischen fast 20 Prozent ihres ursprünglichen Territoriums an Russland verloren hat, ist nicht bereit zu kapitulieren. Nach Auskunft emigrierter ehemaliger Mitarbeiter der russischen Nationalbank kann Russland den Ukrainekrieg in der bisherigen Intensität noch zwei bis drei Jahre weiterführen. Das bedeutet, dass sich unsere Russlandpolitik darauf einstellen muss, dass Deutschland von Moskau als Hauptfeind Russlands im Westen gesehen werden wird.
6. Aufgabe unserer Russlandpolitik ist es, durch folgende Maßnahmen in Russland einen Regimewechsel zu unterstützen, wenn er im Land selbst entsteht:
 - (a) genaue Beobachtung der verschiedenen Eliten, ob bei ihnen kremlkritische Entwicklungen festzustellen sind, die politisch genutzt werden können,
 - (b) Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft, sofern diese noch vorhanden ist,
 - (c) Intensivierung der russischsprachigen Sendungen der "Deutschen Welle",
 - (d) (d) elektronischer Angriff der russischen Cyberwar-Aktivisten, die Deutschland angreifen,
 - (e) Erleichterung der Erteilung eines Einmalvisums für Russen und Russinnen, die aus ihrem Land fliehen,

- (f) bessere Nutzung des Wissens und der Erfahrungen geflohener Russen und Russinnen, die oft weiterhin gute Verbindungen zu ihrem Land haben,
 - (g) Unterstützung dafür, dass möglichst viel privates Kapital Russland verlässt, deren Investitionsgewinne im Westen aber nicht nach Russland zurückfließen dürfen
 - (h) intensive Unterstützung des baldigen Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union.
7. Wenn Putin politisch keine Rolle mehr spielt, könnte das Nachfolgeregime versucht sein, politische Fühler zum Westen auszustrecken. Deutschland sollte darauf vorsichtig positiv reagieren.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des West-Ost Institut Berlin und Vorstandsvorsitzender von Patrons of the Arts and Sciences e.V. (the-patrons.eu)".



Eberhard Schneider